

fia-Clan betrieb ein einträgliches Millionengeschäft, bei dem Millionen Tonnen von Abfall auf landwirtschaftlichen Grundstücken, in Höhlen, Steinbrüchen, an den Stadträndern, im Lucrino-See und entlang der italienischen Küste vergraben worden waren.

Radioaktiver Schlamm, der mit LKWs von Anlagen aus Deutschland angeliefert worden war, sei als Bodenfüllmaterial verwendet worden, sagte dem Bericht zufolge Carmine Schiavone, Cousin des Camorra-Chefs Francesco

Schiavone, der in die illegalen Aktivitäten verwickelt war und nun als Kronzeuge aussagt. „Ich weiß, dass einiges von diesem Müll sich auf Grundstücken befindet, auf denen heute Büffel leben und kein Gras wächst“, wird er zitiert.

Hannah Roberts, Rome: Toxic nuclear waste dumped illegally by the Mafia is blamed for surge in cancers in southern Italy. Daily Mail Online 1. Nov. 2013
<http://www.dailymail.co.uk/news/article-2483484/Toxic-nuclear-waste-dumped-illegally-Mafia-blamed-surge-cancers-southern-Italy.html> ●

Atomwirtschaft

Öffentliche Anhörung zum Verkauf der Urananreicherungsfirma Urenco gefordert

„Stillegen statt verkaufen“

Nach dem Vorbild der öffentlichen Anhörung im niederländischen Parlament, die am 5. Dezember 2013 in Den Haag stattfand, fordern Umweltverbände, Friedensorganisationen und Anti-Atomkraft-Initiativen von der Bundesregierung, auch im Bundestag eine öffentliche Anhörung zum Verkauf des Urananreicherers Urenco durchzuführen. Dazu sollten auch kritische WissenschaftlerInnen, FriedensforscherInnen und Umweltverbände eingeladen werden, wird in einer gemeinsamen Pressemitteilung des Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, des Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland, Landesverband NRW (BUND), des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), des Arbeitskreises Umwelt (AKU) Gronau, des Aktionsbündnisses „Stop Westcastor“ Jülich, ROBIN WOOD und der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsgegnerInnen NRW (DFG-VK) gefordert.

„Es darf nicht sein, dass der Verkauf hochsensibler, atomwaffentauglicher Atomtechnologie nur unter Berücksichtigung von Wirtschaftsinteressen im stillen Kämmerlein entschieden wird. Was in den Niederlanden öffentlich diskutiert wird, muß auch hierzulande offen auf den Tisch“, so Udo Buchholz vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz. Strahlentelex hatte von den Absichten des Urenco-Verkaufs bereits berichtet (Nrn. 626-627 v. 7.2.2013 und 644-645 v. 7.11.2013).

Der Urenco-Verkauf ist „ein Spiel mit dem Feuer“

In Den Haag behauptete Urenco, dass die Urenco-Anteilseigner, darunter RWE und E.ON, Abschlüsse beim Verkaufspreis für Urenco befürchten, wenn es zu einer öffentlichen Sicherheitsdebatte komme. „Hier muß es aber um atompolitische Sicherheit gehen und nicht um Wirtschaftsinteressen. Die Christdemokratische Partei CDA in den Niederlanden bezeichnet den geplanten Verkauf zu

Recht als „ein Spiel mit dem Feuer“. Deshalb muß die Bundesregierung die Verkaufspläne stoppen und statt dessen die Urananreicherung und Zentrifugenherstellung in Deutschland komplett beenden“, forderte Kerstin Ciesla, Landesvorsitzende des BUND NRW.

„Die Urananreicherung ist der einfachste Weg zur Atombombe“

Die deutsch-niederländisch-britische Urenco beherrscht nach eigenen Angaben 31 Prozent des Weltmarktes für Urananreicherung. Allein aus der einzigen deutschen Urananreicherungsanlage im westfälischen Gronau kann jedes zehnte AKW weltweit mit angereichertem Atombrennstoff beliefert werden. Ein zentraler Punkt ist zudem die militärische Dimension der Urananreicherung. Die Zentrifugentechnologie kommt auch

beim Bau von Atombomben zum Einsatz. Urenco entwickelt und baut diese Zentrifugen zusammen mit Areva über das Subunternehmen ETC unter anderem in Jülich und Gronau. Der Chef der Entsorgungskommission der Bundesregierung, Michael Sailer, hatte im April 2013 erklärt: „Die Urananreicherung ist der einfachste Weg zur Atombombe“.

„In den Niederlanden wird über die Gefahr der Weiterverbreitung der atomwaffentauglichen Urananreicherungstechnologie offen debattiert. Es ist höchste Zeit, dass die Bundesregierung ihre Hinterzimmer-Diplomatie beendet und der Bundestag eingeschaltet wird, um über die erheblichen Risiken zu beraten“, so Dirk Seifert von der Umweltorganisation Robin Wood. ●

Strahlenschutz

Neue EU-Richtlinie zum Strahlenschutzrecht

Der Rat der Europäischen Union (EU) hat am 5. Dezember 2013 eine neue Richtlinie zur „Festlegung grundlegender Sicherheitsnormen für den Schutz vor den Gefahren einer Exposition gegenüber ionisierender Strahlung“ verabschiedet. Die Richtlinie berücksichtigt den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisstand und bezwecke einen umfassenden Strahlenschutz, heißt es dazu in einer Mitteilung des Bundesumweltministeriums (BMU). Gleichzeitig wurden die Euratom-Richtlinien über den Gesundheitsschutz der Bevölkerung und von Arbeitskräften, über den Patientenschutz, den Schutz externer Arbeitskräfte, die Information der Bevölkerung bei radiologischen Notstandssituationen und zur Kontrolle hochradioaktiver Strahlenquellen aufgehoben.

Zu den wesentlichen Neuerungen der jetzt beschlossenen Richtlinie werden gezählt:

- Änderungen im Strahlenschutz bei natürlich vorkommenden radioaktiven Stoffen, die sich in Böden und Gesteinen der Erdkruste finden und infolge industrieller Verarbeitung ein Gesundheitsrisiko darstellen können,
- Maßnahmen zum Schutz vor dem natürlich vorkommenden radioaktiven Edelgas Radon, das an Arbeitsplätzen und in Wohngebäuden auftreten und Lungenkrebs verursachen kann,
- Regelungen zur Bewältigung radiologischer Altlasten,
- Regelungen zur natürlichen Radioaktivität in Baustoffen,
- Vorgaben für die Notfallplanung und eine verstärkte